
GENOSSENSCHAFTLICHE DEMOKRATIE

Rezension von: M. Patera (Hrsg.),
Möglichkeiten und Grenzen
demokratischer Mitbestimmung in
Genossenschaften, Allgemeine
Schriftenreihe des Dr. Rudolf Rasser-
Instituts, Folge 2, Wien 1984.
128 Seiten.

Genossenschaften sind insofern nicht-kapitalistische Gebilde, als sie zwar kommerziell angelegt sind, jedoch der geschäftliche Erfolg nicht Hauptzweck, sondern nur Mittel zum Zweck ist, die Grundlage für die Realisierung von Zielen der Mitglieder liefert, die im immateriellen Bereich liegen. Grundsätze wie Identitäts- oder Demokratieprinzip sind die Form, in die dieser vorrangige Inhalt gegossen wird. Draheims „Doppelnatur“ der Genossenschaft bringt dies begrifflich zu Ausdruck.

Genossenschaften sind aber gleichzeitig insofern anti-kapitalistische Gebilde, als sie schon in ihren frühen Phasen, in bewußter Anknüpfung an eine uralte, bis ins Altertum zurückreichende Tradition, als Alternative zum Kapitalismus, als Produkt eines solidarischen Denkens im Gegensatz zum individualistisch-egoistischen Denken, angelegt waren. Immer wieder haben Sozialisten auf dieses Modell gegriffen und selbst nichtsozialistische Autoren haben den so ganz anderen Charakter der genossenschaftlichen Unternehmung unterstrichen.

Nun hat die Tatsache, daß Genossenschaften in einer kapitalistischen Umwelt existieren müssen, zu der Frage geführt, ob sie – die ja ganz anders angelegt sind – sich auch behaupten können. Empirische Beobachtungen wie theoretische Überlegungen haben

zu skeptischen bis negativen Einschätzungen der Chancen geführt, angefangen vom „Degenerieren“, das die Webbs in Großbritannien zu beobachten glaubten, und vom „ehernen Gesetz der Transformation“, das Oppenheimer postulierte. Vereinfacht dargestellt wird argumentiert, daß die Logik kapitalistischer Märkte die Genossenschaft umbringt, sofern sie nicht ohnehin durch ihre in dieser Logik aufgewachsenen und an sie angepaßten Mitglieder umgebracht wird.

So plausibel die vorgebrachten Argumente auch sein mögen, wurde doch die simple Tatsache vernachlässigt, daß von den Mitgliedern eine bestimmte Leistung verlangt wird und daß, ganz wie sich ein kapitalistisches, Leistung abforderndes Management die Frage zurechtlegt, davon ausgegangen werden kann, die Leistung hänge von der Leistungsfähigkeit, der Leistungswilligkeit und der Leistungsmöglichkeit ab. Unter diesen Gesichtswinkeln versuchen drei Beiträge, zu einem Buch zusammengefaßt, die Möglichkeiten und Grenzen dessen auszuloten, was die Quintessenz des genossenschaftlichen Strebens ist: selbst zu bestimmen, was selbst geleistet wird.

E. Talos konfrontiert die, im politischen Bereich und auf der Ebene der kapitalistischen Unternehmung diskutierten, Demokratiekonzepte mit den verschiedenen Varianten des genossenschaftlichen Demokratieverständnisses. Für eine – hoffentlich – weiterführende Diskussion wird damit insofern eine wichtige Vorarbeit geleistet, als sich die Demokratisierungskonzepte ausschließlich auf die Arbeitnehmermitbestimmung konzentrieren. Tatsächlich ist es ja geradezu paradox, daß sich die Genossenschaftstheoretiker in die Demokratiediskussion nur mit ihrer Schwarzweißzeichnung der Harmonie- oder Konflikttheorie eingeschaltet haben (M. Patera und U. Zacherl nehmen in ihrem Beitrag diese Gedanken nochmals auf); die Reduktion der Probleme

matik auf ein Modell, in dem von einer AG die Aktionäre ausgetauscht werden, ist nur das Eingeständnis der Resignation vor einer Aufgabe, die Talos abschließend kurz skizziert.

Einige Aspekte der Determinanten von Demokratiefähigkeit und -willigkeit arbeitet A. Amann heraus, der dabei von verschiedenen motivations-theoretischen Ansätzen ausgeht, womit er eine klare Abkehr von der – wie er mit Recht kritisch vermerkt – älteren Genossenschaftstheorie vollzieht, die entweder Kleingruppen im Auge hatte oder von ihnen Schlüsse auf Großgruppen zog. Partizipationsbereitschaft muß erst erworben werden, und unter welchen Voraussetzungen und in welchen Lernprozessen dies möglich ist, macht den Großteil des Beitrages aus, der im Anhang durch drei Fallbeispiele ergänzt wird.

Eine der Voraussetzungen lautet, daß eine formale Struktur gegeben sein muß, ein Instrumentarium, das es dem Mitglied ermöglicht, seine Zielvorstellungen zu konkretisieren (zu operationalisieren) und den Grad der Zielverwirklichung zu überprüfen. M. Patera und U. Zacherl präsentieren in ihrem Beitrag das Konzept der

„Förderbilanz“, grob gesprochen das Ergebnis einer Artikulation der Mitgliederbedürfnisse, von der Geschäftsleitung in terminisierte und qualifizierte Ziele übersetzt – womit die Genossenschaft von den bloßen guten Vorsätzen wegkommt, mit denen bekanntlich der Weg zur Hölle gepflastert ist. Daß diese Förderbilanz machbar ist – und das sogar mit großem Erfolg –, wurde im Fall der Raiffeisenorganisation Hollabrunn bewiesen (der leider nur kurz erwähnt wird, da bereits eine Publikation darüber vorliegt).

Wie es für einen Ansatz, der sich als interdisziplinär versteht, ganz selbstverständlich ist, überlappen sich immer wieder die Beiträge und es treten Wiederholungen auf. Das spricht für die logische Konsistenz dessen, was ein Politologe, ein Soziologe und zwei Ökonomen zum Thema zu sagen haben. Seine endgültige Bewährung wird der Ansatz allerdings erst dann erfahren, wenn empirische Untersuchungen und Experimente vorliegen, auf die wir hoffentlich nicht lange warten müssen.

Erwin Weissel